

PRESSEMITTEILUNG #669-10.10.2023

Sophia Schiebe:

Freiwilligendienst ist wichtig für die Zivilgesellschaft und die persönliche Entwicklung junger Menschen, auch in SH!

Derzeit findet eine Demonstration der Trägerorganisationen der Freiwilligendienste in Schleswig-Holstein aufgrund der geplanten Kürzungen auf Bundesebene statt. Dazu erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Sophia Schiebe:

„Wir unterstützen den Aufruf der Trägerorganisationen der Freiwilligendienste in Schleswig-Holstein uneingeschränkt in ihren Forderungen. Wir haben uns der Demonstration angeschlossen und solidarisieren uns mit dem Freiwilligendienst. Bei Lippenbekenntnissen darf es aber nicht bleiben.

Es wäre ein schwerer Fehler, wenn die Bundesregierung tatsächlich im sozialen Bereich, vor allem im Freiwilligendienst, Finanzmittel kürzt. Diejenigen, die sich freiwillig für das Gemeinwohl einsetzen, leisten einen unschätzbar wertvollen Beitrag zu unserer Gesellschaft. In Zeiten von wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen und einem gestiegenen Bedarf an sozialem Engagement ist es unverantwortlich, an den Ressourcen für den Freiwilligendienst zu sparen. Die jungen Menschen, die sich für einen Freiwilligendienst entscheiden, sollten die bestmögliche Unterstützung und Wertschätzung erfahren.

Sollte sich die SPD auf Bundesebene nicht durchsetzen und die Kürzungen nicht verhindern können, so muss die Landesregierung ihrer Verantwortung gerecht werden und diese Kürzungen ausgleichen. Der Freiwilligendienst ist ein wichtiger Baustein in der Förderung der Zivilgesellschaft und der persönlichen Entwicklung junger Menschen, auch in Schleswig-Holstein.

Die geplanten Kürzungen sind ein Schlag ins Gesicht für junge Menschen, die in der Pandemie bereits massiv zurückstecken mussten. Sie haben in den letzten Jahren mit den Auswirkungen der Krise gekämpft und auf vieles verzichtet. Als Dank dafür sollen nun die Perspektiven auf einen Platz im Freiwilligendienst deutlich verschlechtert werden? Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch kontraproduktiv für die langfristige Entwicklung unserer Gesellschaft.“